

24 gebracht, sondern der selbstorganisierte Antifaschismus. Dies war eine politisch moti-
25 vierte Entscheidung. Wir fordern eine gerechte, unabhängige Justiz, welche sich nicht
26 aus Bequemlichkeit oder politischer Intrige Grundrechtseingriffe nach §129 erlaubt!

27 Dieses Vorgehen ist kein Einzelfall. Aktuell wird die Organisation der "Letzten Generati-
28 on" unter dem gleichen Paragrafen, gedacht zur Terrorabwehr, verfolgt. Dies geht einher
29 mit erheblichen Grundrechtseingriffen, die wir nicht gutheißen können. Es werden Tele-
30 fone abgehört, Personen vorübergehend eingesperrt, ohne von einem Gericht verurteilt
31 worden zu sein.

32 Auf der Plattform "Frag-den-Staat" wurden vor kurzem offizielle Gerichtsbe-
33 schlüsse aus München veröffentlicht, aus denen hervorgeht, wie sehr die Ver-
34 folgung der Organisation auf politischen Bestrebungen beruht. ([https://fragden-
35 staat.org/blog/2023/08/22/hier-sind-die-gerichtsbeschlusse-zur-letzten-generation/](https://fragdenstaat.org/blog/2023/08/22/hier-sind-die-gerichtsbeschlusse-zur-letzten-generation/))
36 So hat die Staatsanwaltschaft München noch ein Jahr vor dem Gerichtsbeschluss zur
37 Ermittlung auf Grundlage von §129 festgestellt, dass es keine Anhaltspunkte dafür
38 gäbe. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Lesen der Begründung des zuständigen
39 Ermittlungsrichters. So sind die Begründungen gefüllt mit angeblichen Vorwürfen,
40 deren strafrechtliche Relevanz gar nicht festgestellt ist.

41 Ebenfalls fällt im Falle der "Letzten Generation", sowie Antifa-Ost, eine fehlende Aus-
42 einandersetzung mit Grundrechten in der Begründung des Ermittlungsrichters auf. So
43 wurden sowohl Persönlichkeitsrechte, als auch Presserechte bei der Entscheidung und
44 Ausweitung von Befugnissen ignoriert und nicht in Betracht gezogen.

45 Getrieben und Rechtfertigt werden diese Ermittlungen von öffentlicher Meinung, Politi-
46 schen Entscheidungen und sogenannter "Copaganda". Die Polizei verurteilt vor, spezi-
47 ell die sogenannten "Polizeigewerkschaften" lassen sich gerne in großen, konservativen
48 oder reißerischen Zeitungen zitieren und rechtfertigen Eingriffe, welche sich später teil-
49 weise als rechtswidrig herausstellen. Dies hat sich Beispielsweise bestätigt, als die Er-
50 mittlungsgruppe um die "Letzte Generation" eine Meldung auf der URL der "Letzten Ge-
51 neration" mit einer klaren Vorverurteilung veröffentlichte. Medien, welche im Umgang
52 mit Pressemitteilungen der Polizei nicht geübt sind, veröffentlichen diese unreflektiert
53 als Tatsachenberichte.

54 Als Jusos Sachsen-Anhalt solidarisieren wir uns mit außerparlamentarischen Antifaschis-
55 tischen Gruppen und der Klimabewegung.

56 Wir können verstehen, dass empfindliche Störungen des Alltags durch den zivilen Un-
57 gehorsam der Letzten Generation bei vielen Menschen Unmut auslösen, halten das De-
58 monstrationsrecht jedoch für das höhere Gut.

59 Es ist uns darüber hinaus unbegreiflich, warum viele Menschen ihre Wut, gar ihren Hass,
60 an jungen Menschen, die sich für unser aller Zukunft einsetzen, auslassen, statt die Wur-
61 zel des Problems zu adressieren: Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssys-

62 tem, dessen Kernlogiken von Wachstumserfordernis und der Externalisierung von Kos-
63 ten unmittelbar zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage führt.

64 Wir erkennen eine politische Motivation von Strafverfolgung an und fordern die ent-
65 sprechende Anpassung des §129 StGB! Eine Ermittlung im Namen der "terroristischen
66 Vereinigung" muss klaren Regeln unterworfen werden und darf nicht politisch instru-
67 mentalisiert werden. Wir fordern einen Stopp von willkürlicher, unnötiger Gewalt, wel-
68 che von der Polizei gegen Aktivist*innen, insbesondere in Form von unnötigem Schmerzgriffen
69 und psychischer Erniedrigung, nach Festsetzung ausgeübt wird.

70 Die Idee, einen Polizeieinsatz infolge von legitimen Protest, sei es mit Mitteln des zivi-
71 len Ungehorsams, in Rechnung zu stellen und damit vor allem arme Protestierende zu
72 belasten oder gar vom Ausüben des Versammlungsrechts aufzuhalten, verurteilen wir
73 aufs schärfste.

74 Auch aus diesem Grund wurde Deutschland im neuesten Bericht von Amnesty Inter-
75 national zur Demonstrationsfreiheit als Land aufgezählt, in dem die Versammlungs-
76 und Demonstrationsfreiheit zunehmend in Gefahr sind. "In Deutschland werden Pro-
77 teste von staatlichen Behörden mitunter als Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und
78 Ordnung wahrgenommen und deshalb eingeschränkt". (<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/amnesty-international-114.html>)
79

80 Während Antidemokrat*innen und Faschisten wieder in Parlamente einziehen und auf
81 der Straße offen ihre Gesinnung zeigen, kann und darf eine Justiz und Polizei nicht zu
82 reaktionären Handlangern werden.

83 Free Lina, Free all Antifa, Unsere Solidarität, gegen ihre Repression.

84 *Begründung*

85 erfolgt mündlich